

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

218 (25.9.1909) 3. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3,35, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Sterne und Blumen“**.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienfisch“**.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Neulamen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Neulamen: Hermann Wabli in Karlsruhe.

### Was einem Geh. Hofrat passieren kann!

Wir haben bereits an anderer Stelle über die ungewöhnlichen Neußerungen des Geh. Hofrats und liberalen Abgeordneten Oberbürgermeister Rebmann in der Plenarsitzung vom letzten Dienstag in der Bremer Schrempf in Karlsruhe berichtet. Es mag für einen Geh. Hofrat nicht angenehm sein, wenn man ihm gleich über ein Dutzend Unwahrheiten nacheinander nachweist, ohne daß man es dabei noch besonders streng nimmt; man hätte sonst noch viel mehr entdecken können. Wir möchten daher dem Oberbürgermeister und Geh. Hofrat Gelegenheit geben, wenigstens für einige der größten Schmitzer und Unwahrheiten auch den Beweis anzutreten. Wir fragen ihn:

1. Wo und wann und unter welchen Bedingungen hat das Zentrum sich mit den Konserbativen verbunden?

2. Wer verlangt auf Seiten des Zentrums, daß das gesamte öffentliche Leben nach kathol. Grundsätzen geordnet und den kirchlichen Behörden unterstellt werden?

3. Wo und wann hat das Zentrum den Versuch gemacht, dieses „Ziel“ durchzuführen?

4. Welche Beweise wollen Sie anführen, daß sich die Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens absperrten?

5. Wo und wann sind die Zentrumsblätter im Gegensatz zu den liberalen durch persönliche Stempelformen „gewerbsmäßig“ darauf ausgegangen, jeden, der ihnen nicht paßt, aus dem öffentlichen Leben hinauszufeln? Gaben Sie vielleicht den „Alibote“, den „Oberbairischen Grenzboten“ und andere, die sich in der Bittennahme besonders hervortaten, für Zentrumsblätter gehalten?

6. Wo bestehen Vereine für kathol. Sänglinge? für kathol. Wägen? Sagen Sie sich als Oberbürgermeister nicht, mit solchen abgebrauchten Wägen Wahlstimmen zu machen?

7. Wo ist zum gemeinschaftlichen Boykott aufgefordert worden mit den Worten: „Kauf nur bei unseren Glaubensgenossen!“?

8. Wer vom Zentrum hat mit den Mittelständlern schon feste Abmachungen getroffen, wor ihnen die Stimmen des Zentrums schon fest versprochen?

Der Geh. Hofrat wird um klare und bestimmte Antworten über diese wenigen Fragen nicht herumkommen; denn sonst würde er sich dem Verdacht aussetzen, daß er keine Antwort geben kann. Das wäre aber für ihn nach zwei Richtungen unangenehm.

Man würde daraus schließen, daß er entweder aus Unwissenheit oder aus bösem Willen diese Unwahrheiten ausgesprochen habe. Welches würde aber einem Geh. Hofrat und Oberbürgermeister schlecht anstehen. Herr Oberbürgermeister Rebmann hatte auch noch in anderer Hinsicht einen schlechten Tag in der Plenarsitzung.

Er hatte bei seiner schändlichen Charakterisierung der Sozialdemokratie als revolutionäre Partei hinzugefügt: „Das ist eine Scheidewand, über die wir nie hinweg kommen!“ In der Diskussion hielt ihm der „radikal-demokratische“ Arbeiter Zimmermann, der für den Großklub plaidierte, entgegen:

„Die national-liberale Partei geht bis zu einem gewissen Punkt, da muß sie sich entscheiden für rechts oder links, oder sie kommt auf die Dreifache. Wo war denn die Scheidewand 1905?“

War sie da nur Luft, daß man nur so hindurchspringen konnte? Was mag dabei der Geh. Hofrat gedacht haben, der selbst mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt wurde? Was mag er weiter dabei gedacht haben, als man dem Arbeiter erwiderte, daß es ihm zunächst nur um die Hauptwahl handle — das Abkommen für die Stichwahl werde erst getroffen! Ist bei diesen Worten des Jungliberalen Frey (Stammesgenosse) dem Geh. Hofrat nicht ein Stich durch's Herz gegangen — fürchtete er nicht, daß auch er in eine Stichwahl kommen könnte? Was hat der tolerante, allem Kampf gegen die katholische Kirche und ihre Priester abholden Hofrat gedacht, als Zimmermann unter dem Beifall der Versammlung davon sprach, daß die Geistlichen wie in Frankreich nur auf die Kanzen verbannt werden sollen, als er von den Arbeiten der Leute im Reichsthal, in den Saffirien usw. sprach, als er fern von den Geistlichen sprach mit dem „schönen Gesicht“ und dem „guten Bauch“? Was dachte er wohl dazu, daß gerade seine Versammlung zu diesen Lebenswichtigkeiten in ein förmliches Gewieher ausbrach?

Wir verlangen nicht, daß er auf diese Frage eine Antwort gibt, andere Leute haben sich darüber die Antwort schon zurecht gelegt, die am 21. Oktober abgegeben ist.

Nur an eines wollen wir ihn noch erinnern: Rebmann und seine Blodfreunde liegen an den bösen Mittelständlern fast kein gutes Haar; natürlich, weil sie ihn nicht unterstützen wollen. Wer hat nun aber das Redensstück in Karlsruhe die Mittelstands-Bewegung, namentlich unter den Hausbesitzern, so recht in Fluß gebracht zu haben? Herr Rebmann behauptete fast und fühlte, das Zentrum sei der treue Helfer dieser Bewegung. Den Beweis blies

er sich natürlich schuldig. Wir möchten ihn daher daran erinnern, daß es der gut national-liberale Rechnungsrat Merkle, der Führer des hiesigen Hausbesitzervereins, war, der in scharfer Opposition zum „Bad. Beobachter“ diese Mittelstandskreise bearbeitete mit Bezug auf das Vermögenssteuergesetz. Und dann als man glaubte, der Boden sei genug beackert, mußte der Geh. Hofrat Rebmann mit seiner schönen Rede für die Grund- und Häuserbesitzer und die Hausbesitzer kommen. Es hat aber offenbar nichts mehr genützt. Man traute den schönen Worten des Herrn Geh. Hofrats nicht mehr. Die Geister, die Herr Werke gerufen, sie gehorchten nicht mehr, und so kam die Mittelstands-Bewegung in Karlsruhe auch für die Landtagswahl, nicht durch das Zentrum, sondern durch einen National-liberalen. Wir wünschen dem Geh. Hofrat Glück dazu!

### Baden.

Karlsruhe, 25. Sept. 1909.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, den Professor Fritz Defert an der Realschule in Achern zum Vorstand der Höheren Bürgerschule in Säckingen und den Lehramtskandidaten Joseph Kolb an der Realschule in Säckingen zum Professor an der Realschule in Achern zu ernennen, ferner den Professor Wilhelm Schulze an der Höheren Mädchenschule in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Höhere Mädchenschule in Heidelberg zu versetzen.

Mit Entlassung Groß. Oberbürgermeister wurde dem Realgymnasiallehrer Ludwig Schreder an der Lebringschule des Lehrerseminars I in Karlsruhe die etatsmäßige Stelle eines Reallehrers an der Realschule in Bruchsal übertragen.

### Pfarrer Hansjakob und die Reichsfinanzreform.

Zurzeit geht folgende Notiz durch liberale und sozialdemokratische Blätter:

„Stadtpfarrer Hansjakob urteilt über die Erbschaftsteuer in seinem Werke „Stille Stunden“ in folgender Weise:

„Seute starb (in dem Prindnerhaus Karlsruhe) eine arme, alte Frau. Sie verteilte ihrem Bruder und ihrem Sohne, die sie besuchten, noch vor dem Tode ihr ganzes, in 20 Mk. bestehendes Vermögen. Sie gab jedem die Hälfte und stellte dem Bruder dem Sohne gleich, weil jener alt und dieser jung sei und noch eher etwas verdienen könne. Diese salomonische Teilung macht der guten Frau alle Ehre, mehr als unsere Erbschaftsteuer unserer Vorfahren. Diese lassen alles, was Kinder von ihren Eltern erben, und wenn's Millionen sind, steuerfrei; erbt aber ein blutarmes Tagelöhner von seiner Schwester ein Ackerlein, das nur 100 Mk. wert ist, so muß er Erbschaftsteuer bezahlen. Ich meine, viel gerechter und billiger und für die Staatskasse befürwortlicher wäre es, wenn jede Person, die über 50000 Mk. von den Eltern erbt, für das Mehr eine progressiv höhere Steuer bezahlte und arme Leute, die von Verwandten erben, bis zu 2000 Mk. für steuerfrei erklärt würden. Leider gehören die ausnahmsgebenden Leute in unfernen gehobenen Kreisen zu den wohlhabenden Erbschaftlichen, und die wohl nicht, daß ihre Kinder Steuern von den großen Broden bezahlen, welche sie ihnen hinterlassen.“

Der „Volksfreund“ bezweifelt es, ob die Zentrums-Presse dieses Zitat ihren Lesern mitteilen werde. Er hat sich das offenbar nicht recht überlegt. Das wäre uns eine saubere Politik, welche Angst haben müßte vor einem Zitat aus den Schriften des geistreichen Stadtpfarrers von St. Martin in Freiburg! Wenn der „Volksfreund“ ein klein wenig darüber nachgedacht hätte, dann hätte er sicher sich selbst gesagt, daß diese Stelle aus einer Schrift Hansjakobs auch nicht einen einzigen der Gründe widerlegt, aus welchen Zentrum und Konservative diesmal gegen die Erbschaftsteuer auf das Erbende stimmen. Wer weiß indes, ob nicht Zentrum und Konservative für die Erbschaftsteuer auf das Erbende der Kinder gestimmt hätten, wenn der „Antrag Hansjakob“ eingebracht worden wäre. Hansjakob möchte eine Besteuerung der Kinder erst von einem Erbteil von 50 000 Mark an; die Regierungsvorlage wollte aber diese Besteuerung schon von einem Erbteil von 10 000 Mark an. Das ist ein großer Unterschied.

Und ob Hansjakob, der die Schwarzwaldbauern so gut kennt, für eine Erbschaftsteuer gewesen wäre, welche die Bauern belastet, die Großkapitalisten aber, welche mit ihren Papieren sich vor der Steuer flüchten können und geflüchtet hätten, zu haben wäre, möchten wir einstweilen sehr bezweifeln. Man kann sehr wohl der Ansicht sein, daß obige Ausführungen Hansjakobs richtig seien, und trotzdem ein Gegner der von der Regierung vorgelegenen Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten sein.

Eine sehr unüberlegte Bemerkung macht die „Bad. Landeszeitung“ zu dem Zitat aus Hansjakob. Sie schreibt:

„Hansjakob hat ganz Recht, bis auf den Punkt, wo er meint, die wohlhabenden Erbschaftlichen sollten ihren Kindern keine Erbschaftsteuern bezahlen lassen. Seute muß er da einen Unterschied machen zwischen den wohlhabenden Erbschaftlichen, die Großgrundbesitzer sind und den anderen. Die Großgrundbesitzer wollen nach wie vor nicht, daß ihre Kinder Erbschaftsteuern zahlen, daß überhaupt der Staat nicht in ihre Vermögensverhältnisse hereinsehen kann. Der industrielle, kommerzielle und gewerb-

liche Besitz war und ist bereit das Opfer der Erbschaftsteuer zu bringen. Da das nobles oblige nicht mehr gelten soll, falls wenigstens ein reiches oblige!“

Die Gegenüberstellung von Grundbesitz, der die Erbschaftsteuer auf Kinder nicht wollte, und industriellen (auch hier gab und gibt es Gegner, z. B. den national-liberalen Großindustriellen Strödel; auch Gebl von Herrnsheim;) kommerziellen Besitz, der die Erbschaftsteuer wollte, ist köstlich. Jedermann weiß, warum der Grundbesitz die Erbschaftsteuer auf Kinder nicht wollte, während der bewegliche sie wollte. Wenn die „Bad. Landeszeitung“ damit die Opferwilligkeit des beweglichen Besitzes gegenüber dem unbeweglichen herausstreifen will, dann darf sie sich nicht wundern über das Gelächter, das darüber entsteht. Die Opferwilligkeit des beweglichen Besitzes hat man kennen gelernt, als anlässlich der Salonsteuer die Salonbesitzer sprangen, um der Steuer zu entgehen, welche für das Reich so bitter notwendig war. Nein, nein, liebe Kollegin! Die Herren, deren Partei Sie ergreifen, gehören ohne Zweifel zu jenen, welche bloß für jene Steuern begeistert sind, die von anderen bezahlt werden! Diese Steuerbegeisterung ist zur Genüge bekannt. Sie ist ziemlich allgemein!

Zum Schluß möchten wir die schäufsterne Hoffnung aussprechen, daß die „Bad. Landeszeitung“ es uns nicht übel nimmt, daß auch wir etwas zu der Neuerung Hansjakobs geschrieben haben. Hat sie es doch der Zentrums-Presse übel genug genommen, daß sie auf die scharfen und unüberlegten Ausführungen des Herrn Stadtpfarrers Dr. Feurstein geantwortet hat.

### (Sozialdemokratische Versammlung in Muggensturm betr.)

Man schreibt uns aus Muggensturm: „Am letzten Sonntag (19. Sept.) fand im „Badischen Hof“ hier eine sozialdemokratische Versammlung statt, in welcher Herr Redakteur Weismann vom „Volksfreund“ referierte. Thema war die Finanzreform. Bei Besprechung derselben zog er, wie es bei den Sozialdemokraten üblich ist, über das Zentrum gewaltig her, und empfahl seine Partei als die allein feige machende. Das merkwürdigste bei der Versammlung war, daß die Genossen von hier, wenn der Redner die Priester und den Reichsthal erwähnte, in ein großes Brauo einstimmten. Das Leute, welche Sonntag in die Kirche und auch zur Weiche gehen, hier ein Freudenfest erleben, ist unglücklich aber wahr, muß aber als charakterlos bezeichnet werden. Besonders die Erbschaftsteuer unterzog der Redner einer scharfen Kritik; hier hätte das Zentrum besonders gestimmt sich nicht zu äußern, sondern die Sozialdemokraten zu fragen, was sie zu sagen, das Zentrum habe Volkserrat begangen durch Nichtannahme des Gesetzes, wo doch bei den Sozialdemokraten in der Fraktion mit 18 gegen 16 Stimmen beschlossen wurde, Senger solle erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Lesung gegen die Erbschaftsteuer stimme, wenn sie nicht geändert werde. Herr Redakteur Weismann erklärte hierauf: Weibel sagte auf dem Parteitag (1), daß die Fraktion unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer hätte stimmen müssen und Weibel müßte auch dem Fragesteller maßgebend sein. Als der Zentrumsmann fragte, diese Antwort sei nicht genügend, der Weibel der Fraktion sei ihm maßgebend und an diesen halte er sich, da sagte Weismann, das was — Stillsitzen und doch auf dem Parteitage gesagt hätten, seien persönliche Meinungen und hätte keinen Wert, das Wort Weibels sei maßgebend. Also so weit ist es in der sozialdemokratischen Partei, daß das Wort Weibels nachträglich mehr gelten soll, als ein Fraktionsbeschluss. Da mögen die Herren Sozialdemokraten ja nichts mehr über Ausland sagen, wenn Weibel befehligt und die Partei gebietet! Das sind ja russische Zustände! Der „Volksfreund“ mit samt seinem Redakteur mögen sich drehen und wenden wie sie wollen: es bleibt Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei beschlossen hatte, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen, daran ist nichts zu ändern; auch Herr Weismann mit all seinen schönen Reden ändert es nicht. Man kann es ja den Herren Sozialdemokraten nachfühlen, daß es arg ist, daß man da nicht glatt „Nein“ sagen kann, sondern auf Umwegen sich aus der Schlinge ziehen muß.“

### Soziales.

#### Die Arbeitslosenversicherung.

Das kaiserlich statistische Amt hat im Mai 1906 eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung vorgelegt. Dieser hat aber die Frage als noch nicht spruchreif bezeichnet. Im Sommer d. J. hat daraufhin das Ministerium des Innern über die gleiche Materie eine Denkschrift verfaßt, in der die Veruche, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mindern, und die damit erzielten Erfolge eingehend besprochen wurden. Die Denkschrift kam zum Schluß, daß sie das sogenannte Center-System, das ist die Angleichung der Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaften, in Verbindung mit einer Selbstversicherung,

wie sie z. B. in Köln vor mehreren Jahren eingeführt worden ist, als die beste Lösung der Arbeitslosenversicherung anseht, die das Ministerium den Gemeinden des Landes zur Einführung empfiehlt. Neben den Gemeinden haben auch die Handelskammern des Landes die Denkschrift zur gutachtlichen Neuerung erhalten. Die Handelskammer Konstanz, deren Neuerung bereits vorliegt, hat sich auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt gestellt. Sie hält zunächst den Begriff der unverhuldeten Arbeitslosigkeit, auf die sich die Versicherung allein erstrecken soll, noch nicht für einwandfrei feststehend und hat auch gegen die Durchführung einer Arbeitslosenversicherung an sich schwere Bedenken. Sie fürchtet, daß durch die Arbeitslosenversicherung der Zug in die Stadt, besonders in die Großstadt, der heute schon sehr bedenklich ist, ungeahnte Dimensionen annimmt. Das Schreckgespenst der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Not, das heute noch viele vor der Stadt zurückhält, würde wegfallen und es würde bald ein städt. Proletariat entstehen, dessen Erhaltung den Kommunen eine große Last aufbürden würde. Die dadurch vermehrte Landflucht und die einseitige Bevorzugung der Städte mit Arbeitslosenversicherung würde auch schwere volkswirtschaftliche Schäden auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen und auf die Arbeiter selbst infolge der übertriebenen öffentlichen Fürsorge einen demoralisierenden Einfluß ausüben. Die Handelskammer Karlsruhe schließt sich den Ausführungen des bekannten Volkswirtschaftlers Prof. Ehrenberg in Mottach an, der sagte: „Das großstädtische Proletariat“ z. wie Seite 7 der Denkschrift: Die Arbeitslosenversicherung nach dem Center-System würde den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, den sie bekämpfen, neue Mitglieder zutreiben. Auch die Industrie würde es zurückweisen, einen entsprechenden Teilbetrag für die sogenannte Arbeitslosenversicherung aufzubringen. Kein anderes Land kennt diese Belastung der Industrie wie Deutschland und es wäre hoch an der Zeit, daß auch vonseiten der deutschen Regierung dem sozialpolitischen Wettlauf der um die Gunst der nachbuhlernden Parteidemagogen ein Ziel gesetzt werde. (Das ist der Herrensichtpunkt. Sanitätsminister, D. Med.) Die Handelskammer Konstanz vertritt sich einen größeren Ertrag an den Maßnahmen, welche nicht die Folgen der Arbeitslosigkeit mildern sollen, sondern darauf gerichtet sind, dem Eintritt der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Als wichtigste Vorbeugungsmaßregel gegen die Arbeitslosigkeit sieht sie die Verdooffkommung der Arbeitsvermittlung an. In ihrer Linie muß das Problem der Arbeitsnachweise befriedigt gelöst sein, bevor man die Frage der Arbeitslosenversicherung behandeln darf. Die Arbeitsämter sind in der heutigen Form noch nicht in der Lage, allen Ansprüchen des Arbeitsmarktes zu genügen. Die Selbsthilfe der Arbeiter ist noch wenig ausgebaut und läßt überhaupt viel zu wünschen übrig. Ein regelmäßiges Sparen und das Zurücklegen eines Notpfennigs sehen nur zu viele als überflüssig an, da sie durch die fortgesetzte Paß, gesetzliche Arbeiterwohlfahrtsmaßnahmen zu schaffen, vielfach in dem Wahn befangen werden, daß (nach sozialistischer Theorie) der heutige Staat, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, ihre Lage verschuldet und daher die Allgemeinheit unter allen Umständen für sie zu sorgen habe.

Von den Präventivmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit wird schon heute in der Industrie, soweit angängig, Gebrauch gemacht, indem in Zeiten abflauender Konjunktur teller Arbeiterentlassungen stattfinden als vielmehr Reduktionen der Arbeitszeit und wenn es sich durchzuführen läßt, auch Arbeiten auf Lager. Seitens dieser Städte werden im Winter in großem Umfang Notstandsarbeiten vorgenommen, durch die ebenfalls eine große Zahl sonst Beschäftigungsloser Arbeit findet. Die Handelskammer glaubt deshalb, daß die Mittel für eine Arbeitslosenversicherung zweckentsprechender zum Ausbau der Arbeitsämter angewendet werden könnten. (Wir brauchen wohl kaum zu betonen, daß wir uns mit dieser Stimme aus den Handelskammern nicht identifizieren. Die sozialpolitische Mäßigkeit dieser Kreise ist ja bekannt, um auch ohne weiteren Kommentar verstanden zu werden. Die Red.)

Die Abnahme des Bierkonsums in Deutschland. Infolge der Erhöhung der Biersteuer ist in vielen Teilen Deutschlands ein offener oder stiller Bierboykott ausgebrochen, der sich gegen die von den Brauereien und den Wirten vorgenommenen Preiserhöhungen richtet. Fast allgemein wird mitgeteilt, daß der Bierkonsum zurückgehe. Ob dieser Rückgang anhaltend sein wird, läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Tatsache aber ist, daß in den letzten Jahren überhaupt eine Abnahme des Biergenusses in Deutschland zu konstatieren ist. Zwar ist der Bierverbrauch im deutschen Zollgebiet von 67 468 000 Hektolitern im Jahre 1902 auf 72 842 000 Hektolitern gestiegen; aber diese Steigerung entspricht sogar einer kleiner Abnahme pro Kopf der Bevölkerung. Vor allem aber nimmt in Gegenden, wo bisher der Bierverbrauch sehr verbreitet war, dieser seit einer Reihe von Jahren ständig ab. So beträgt die Ab-

